

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 15 | 16.04.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## LIT Law Lab: Online-Tagung

### „Crypto-Assets im Recht“. Viele Fragen, viele Antworten. Eine Tagung.

Wir freuen uns, Sie am 27.5.2021, 9.00 bis 19.00 Uhr, virtuell an der JKU Linz zu einer Online-Tagung des LIT Law Lab zum Thema „Crypto Assets im Recht“ begrüßen zu dürfen. Neue Technologien führen immer auch zu neuen rechtlichen Fragestellungen. Nicht anders ist es im Bereich der sogenannten „Crypto Assets“. Es erwartet Sie eine ebenso spannende wie fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema aus Sicht von Wissenschaft und Praxis.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Nähere Infos finden Sie [hier](#).

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 66/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Maß- und Eichgesetz** geändert wird (Anpassung an technischen Fortschritt und einhergehender Beitrag zur einheitlichen Anwendung des Internationalen Einheitensystems)

### [BGBl I 67/2021 \(Anlage\)](#)

Bundesgesetz über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlassung neuer Berufsreglementierungen (**Verhältnismäßigkeitsprüfungs-Gesetz – VPG**) (keine ungerechtfertigten oder unverhältnismäßigen Hindernisse für die Ausübung diverser Grundrechte durch nationale Bestimmungen)

### [BGBl I 68/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Änderungen im Sachbereich Überbrückungsgeld)

### [BGBl I 69/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden**, geändert wird (Verteilung von auf eu-

ropäischem Wege angeschaffter Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19 Patienten iRv Joint Procurements an inländische Rechtsträger oder Einzelpersonen)

#### [BGBl I 70/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz** geändert wird (Anpassung der Einkommenskategorien an die zwischenzeitliche Entwicklung der Inflationsrate)

#### [BGBl I 71/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz**, das **Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957**, das **Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz**, das **Familienlastenausgleichsgesetz 1967** und das **Einkommensteuergesetz 1988** geändert werden (Vereinheitlichung und Vereinfachung der Regelungen betreffend die Ansprüche im Todesfall; Erfassung sämtlicher Ansprüche im Todesfall; Auszahlung der Abfindung reicht für die Inanspruchnahme einer Pension nach dem ASVG aus)

#### [BGBl I 72/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985** geändert wird (Gebührenbefreiung für Untersuchungsausschüsse des NR bzw deren Vorsitzende)

#### [BGBl I 73/2021 \(Anlage\)](#)

Bundesgesetz, mit dem die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit ("Tiergesundheitsrecht") im Rahmen der bestehenden österreichischen Veterinärgesetze sichergestellt wird (**Veterinärrechtsnovelle 2021**) (vollständig harmonisierte Tiergesundheitsvorschriften sowie Einführung eines Rechtsrahmens für die Tiergesundheitsüberwachung und Tierseuchenbekämpfung)

#### [BGBl I 74/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesstraßen-Mautgesetz 2002** geändert wird (Erhöhung des Ausmaßes der höchstmöglichen Tarifspreizung bei der Anlastung der Infrastrukturkosten zu Gunsten emissionsfreier Fahrzeuge)

#### [BGBl I 75/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über die Errichtung einer One Mobility GmbH** und das **Bundesgesetz über die Einführung des Klimatickets** erlassen werden (Schlüsselrolle für den Klimaschutz ist ua die Verlagerung der Mobilität auf klimafreundlichere Verkehrsmittel des Öffentlichen Personenverkehrs [ÖV]; Erforderlichkeit von Investitionen in die Infrastruktur und in noch bessere Fahrplanangebote; einfache und preislich attraktive Netzkarten und ein einfacher Zugang zu den entscheidenden Faktoren)

#### [BGBl I 76/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über hochschulrechtliche Sondervorschriften an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen aufgrund von COVID-19 (**2. COVID-19-Hochschulgesetz – 2. C-HG**) erlassen wird (Möglichkeit den Nachweis eines zeitnahen negativen Tests auf COVID-19 zu verlangen als Voraussetzung für die Teilnahme an einer Präsenz-Lehrveranstaltung, einer Präsenz-Prüfung oder an einem Eignungs-, Aufnahme- und Auswahlverfahren, oder sogar selbst Testungen auf COVID-19 durchzuführen bzw durchführen zu lassen)

#### [BGBl I 77/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014** geändert wird (terminologische Anpassungen an das neue PrivathochschulG und das novellierte FachhochschulG; datenschutzrechtliche und wirtschaftliche Adaptierungen; Wahlrecht für bestehende Hochschülerschaften an Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen und Privatuniversitäten, ob sie weiterhin eine eigene Selbstverwaltungskörperschaft bleiben oder von der ÖH in wirtschaftlichen Belangen mitbetreut werden wollen)

#### [BGBI I 78/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft (**Landarbeitsgesetz 2021**) erlassen wird sowie das **Behinderten-Einstellungsgesetz**, das **Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz**, das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** und das **Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz** geändert werden (Kodifikation des Arbeitsrechts für den Wirtschaftszweig der Land- und Forstwirtschaft)

#### [BGBI II 157/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit der die **Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung abschließender Prüfungen für das Schuljahr 2020/21** geändert wird

#### [BGBI II 159/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

#### [BGBI II 160/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die **Neufestsetzung von Gerichtsgebühren**

#### [BGBI II 161/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967 geändert wird (**68. Novelle zur KDV 1967**)

#### [BGBI II 162/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (**8. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung**)

#### [BGBI II 163/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Ausfallsbonus an Unternehmen mit einem hohen Umsatzausfall (**VO Ausfallsbonus**) geändert wird

#### [BGBI II 165/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

#### [BGBI II 168/2021](#)

Kundmachung des Präsidenten des Nationalrates betreffend den **Frauenförderungsplan für die Parlamentsdirektion 2021-2026**

#### [BGBI II 170/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

#### [BGBI III 55/2021](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend Änderung von Artikel 7 der Anlage 8 des Internationalen Übereinkommens zur **Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 115 v 06.04.2021, 1](#)

Richtlinie (EU) 2021/555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 über die **Kontrolle des Erwerbs** und des **Besitzes von Waffen**

### [ABI L 116 v 06.04.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/557 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2402 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für Verbriefungen und zur Schaffung eines spezifischen Rahmens für **einfache, transparente und standardisierte Verbriefung** mit dem Ziel, die **Erholung von der COVID-19-Krise** zu fördern

### [ABI L 116 v 06.04.2021, 25](#)

Verordnung (EU) 2021/558 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 575/2013 mit dem Ziel, die **wirtschaftliche Erholung** von der COVID-19-Krise durch **Anpassungen am Verbriefungsrahmen** zu unterstützen

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 25.02.2021, [G 197/2019](#)

**Sbg BaupolizeiG**; keine Unsachlichkeit einer Bestimmung des Sbg BaupolizeiG betreffend die fünfjährige Befristung des **Rechts von Nachbarn auf Beseitigung** von – gegen Abstandsregeln verstoßende – bereits vollendeten Baumaßnahmen; **verkürzte Befristung** des Rechts auf Beseitigung bei ansonsten unbefristeter Parteistellung im nachträglichen Baubewilligungsverfahren im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

#### 10.03.2021, [E 3003/2020](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

#### 15.03.2021, [Ra 2020/05/0011](#)

**Oö BauO**; die im Einreichplan und in der zugehörigen Baubeschreibung genannten Inhalte sind Teil baubehördlichen Konsenses; die entgegen den dem Bescheid zugrundeliegenden Projektangaben im Einreichplan und der Baubeschreibung festgestellte Ausführung der Dacheindeckung in der „Glaser Amadeus schwarz“ stellt **Abweichung vom Baukonsens** dar; von einer lediglich schematischen Darstellung bzw typenmäßigen Festlegung kann keine Rede sein; bei der Auslegung des Verbots von „stark reflektierenden“ Farben muss jedenfalls auch auf die Materialität der Dacheindeckung abgestellt werden

#### 15.03.2021, [Ra 2021/01/0049](#)

**SPG**; die nach § 48a SPG vorzunehmende sicherheitspolizeiliche Prognoseentscheidung beinhaltet keine Beurteilung eines (allfälligen) Verschuldens nach § 5b Abs 3 zweiter Satz leg cit; das **Verschulden** ist erst im Verfahren nach § 5b leg cit zu beurteilen; iRe Prognoseentscheidung nach § 48a SPG kann auch auf Grund eines in der Vergangenheit liegenden Verhaltens von „Fans“ eines Gastvereins eines Fußball-Meisterschaftsspiels auf Notwendigkeit einer besonderen Überwachung ge-

geschlossen werden; der VwGH hat in seiner Rsp klargestellt, dass das SPG für die **Anordnung von Überwachungen** keine zwischen Amateur- und Profisportveranstaltungen differenzierenden Vorschriften trifft

17.03.2021; [Ra 2020/11/0098](#)

**Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG**; gem § 1 Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG wurden in „anhängigen“ behördlichen Verfahren jene **Fristen**, die bis zum 22. März 2020 noch nicht abgelaufen waren, bis zum 30. April 2020 unterbrochen; gem § 2 leg cit wird für Fristen zur Stellung eines „verfahrenseinleitenden Antrags“ die Zeit vom 22. März 2020 bis zum 30. April 2020 nicht miteingerechnet; der VwGH wies darauf hin, dass mit der Erhebung einer Beschwerde an den VfGH noch kein Verfahren beim VwGH anhängig wird; vielmehr beginnt mit der **Abtretung einer Beschwerde** durch den VfGH an den VwGH die Revisionsfrist neu zu laufen, sodass die Revision hier einen „verfahrenseinleitenden Antrag“ iSd § 2 leg cit darstellt; der Ablauf der Revisionsfrist war daher für die Zeit vom 22. März 2020 bis zum 30. April 2020 bloß gehemmt

22.03.2021, [Ra 2019/05/0303](#)

**AbfallwirtschaftsG**; **GewO**; im AbfallwirtschaftsG sind vielfach Regelungen den ihnen korrespondierenden Bestimmungen der GewO nachgebildet; in diesen Fällen kann auf Rspr zur GewO zurückgegriffen werden; entscheidend für die Heranziehung ist die **Vergleichbarkeit der Regelungen**; dass die Bestimmung des § 62 Abs 7 AbfallwirtschaftsG der Regelung des § 83 GewO derart nachgebildet sei, dass die zu der letzteren Bestimmung ergangene Rsp des VwGH darauf übertragbar wäre, kann daher nach Auffassung des VwGH nicht gesagt werden; mangels Vergleichbarkeit mit § 83 GewO kommt es nicht darauf an, wer die mobilen Behandlungsanlagen und elektrischen Einrichtungen von der Anlage entfernt habe; § 62 Abs 7 AbfallwirtschaftsG stellt auf eine konkrete **Auflassungshandlung** nicht ab

22.03.2021; [Ra 2020/05/0137](#)

**AbfallwirtschaftsG**; Änderungen von Anlagen, die nicht einem der explizit in § 2 Abs 8 Z 3 AbfallwirtschaftsG genannten Fälle unterfallen, sind als wesentlich anzusehen, wenn diese erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Menschen oder auf die Umwelt haben können; bei der Beurteilung als „**wesentliche Änderung**“ einer Behandlungsanlage ist zwischen erheblich nachteiligen Auswirkungen und bloß nachteiligen Auswirkungen zu differenzieren; diese Differenzierung hat auf Grundlage von sachverständigen Erhebungen zu erfolgen; diesen Erhebungen muss jedenfalls entnommen werden können, wer oder was in welcher Intensität und Wahrscheinlichkeit von den Auswirkungen einer Anlagenänderung betroffen sein kann; die vom Rw vertretene Ansicht, wonach erhebliche nachteilige Auswirkungen per se nicht anzunehmen seien, wenn die im UVP-G normierte Kapazitätssteigerung von mehr als 50% nicht erreicht werde, findet im Wortlaut des § 2 Abs 8 AbfallwirtschaftsG keine Deckung

22.03.2021; [Ra 2020/10/0036](#)

**Ktn NaturschutzG**; **ZustellG**; an **Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung** als ultima ratio ist ein strenger Maßstab anzulegen; Zustellung an eine Mehrheit von Personen, die der Behörde nicht bekannt sind, kommt dann in Betracht, wenn es Personen gibt, deren spezifische Funktion im Verfahren der Behörde nicht bekannt ist; die Behörde hat amtswegig Erhebungen anzustellen, ob und welche Personen in Betracht kommen; im konkreten Fall hätte die Behörde in die Liste der gem § 19 Abs 7 UVP-G in Kärnten anerkannten Umweltorganisationen Einsicht nehmen können; indem die Behörde jedoch jegliche dahingehenden Ermittlungsschritte unterlassen hat, ist eine rechtswirksame Zustellung des Bescheids im Wege der Kundmachung nicht erfolgt

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 29.01.2021, [W255 2232716-1](#)

**PensionsG**; Zeiten als Studienvertreter iSd Hochschülerinnen- und HochschülerschaftsG sind nicht in die in § 17 Abs 2a PensionsG vorgesehene **höchstzulässige Studienzzeit** einzurechnen bzw führen zu keiner Verlängerung des in § 17 Abs 2a und 2b leg cit normierten Nachweiszeitraums

#### LVwG Oö 01.03.2021, [LVwG-152885](#)

**VwGVG**; die belangte Behörde war, da die **Beschwerdevorentscheidung** nicht fristwährend rechtswirksam zugestellt wurde, zur Erlassung der Beschwerdeentscheidung unzuständig; aus Anlass des Vorlageantrags des Bf ist die Beschwerdeentscheidung daher schon aus diesem Grund von Amts wegen ersatzlos aufzuheben; aufgrund des ungenützten Ablaufs der Frist für eine Beschwerdeentscheidung ging die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Beschwerde auf das LVwG über; es ist daher vom LVwG zu prüfen, ob der Beschwerde Berechtigung zukommt; Maßstab dafür ist der angefochtene Bescheid der belangten Behörde

#### LVwG Oö 01.03.2021, [LVwG-551999](#)

**WasserrechtsG**; im Verfahren über die Auflassung von Wasseranlagen und über das Erlöschen von Wasserrechten sind gem § 102 Abs 1 lit c WasserrechtsG nur die im § 29 Abs 1 und Abs 3 leg cit genannten Personen Parteien; außer den bisher Berechtigten können diese Personen stets nur die Beeinträchtigung ihrer Rechte unter dem Gesichtspunkt von Vorkehrungen beim Erlöschen von **Wasserbenutzungsrechten** geltend machen, sie haben aber keinen rechtlichen Einfluss auf die Feststellung des Eintritts eines Erlöschensfalls selbst; insofern fehlt ihnen die Parteistellung, was damit begründet wird, dass die Feststellung des Erlöschens eines Wasserbenutzungsrechts deklarativer Natur ist

#### LVwG Oö 02.03.2021, [LVwG-152962](#)

**Oö BauO**; **VwGVG**; die Sachverhaltsfeststellungen der belangten Behörde erschöpfen sich in der Vorlage eines Lageplans, welcher der ursprünglichen Baubewilligung zu Grunde lag, und zwei nicht näher definierten Plänen; aus dem vorgelegten Verwaltungsakt ist nicht ersichtlich, dass den Bf vor Bescheiderlassung die Ermittlungsschritte zur Kenntnis gebracht wurden; damit wurde jedoch gegen einen tragenden **Verfahrensgrundsatz** verstoßen; in rechtlicher Hinsicht zieht die belangte Behörde den Schluss, dass sich auf dem Grundstück der Bf baubewilligungspflichtige bauliche Anlagen ohne **Baubewilligung** befinden ohne diese konkretisieren zu können und ohne die rechtliche Beurteilung auf eine sachverständige Beurteilung zu gründen; der in Beschwerde gezogene Bescheid war sohin aufzuheben und die Sache zur neuerlichen Bescheiderlassung an die belangte Behörde zurückzuverweisen ist

#### LVwG Nö 08.04.2021, [LVwG-AV-474/001-2019](#)

**WaffenG**; das WaffenG kennt kein **lebenslanges Waffenverbot**; im ggst Fall würde die Aufrechterhaltung im Ergebnis zwangsläufig ein zwingendes lebenslanges Waffenverbot bedeuten, jedoch stehen der Schwere der Anlasstat die Unbescholtenheit über einen Zeitraum von 47 Jahren, Berufs- und Schulausbildung, Studium und erfolgreiche selbstständige Erwerbstätigkeit gegenüber; ein Waffenverbot stellt eine Sicherungsmaßnahme und keine Strafmaßnahme dar

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [15.04.2021, verb Rs C-798/18 u C-799/18, Federazione nazionale delle imprese elettrotecniche ed elettroniche \(Anie\) ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Art 16 und 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Grundsätze der **Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes** – Vertrag über die Energiecharta – Art 10 – Anwendbarkeit – Richtlinie 2009/28/EG – Art 3 Abs 3 Buchst a – Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen – Erzeugung elektrischer **Energie aus Fotovoltaikanlagen** – Änderung einer **Beihilferegulung**

#### [15.04.2021, Rs C-30/19, Braathens Regional Aviation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung** ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – Richtlinie 2000/43/EG – Art 7 – Rechtsschutz – Art 15 – Sanktionen – **Klage auf Schadensersatz wegen Diskriminierung** – Anerkennung der Schadensersatzforderung durch den Beklagten, ohne dass er das Vorliegen der behaupteten Diskriminierung einräumt – Zusammenhang zwischen dem gezahlten Schadensersatz und der behaupteten Diskriminierung – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Anspruch auf **wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz** – Nationale Verfahrensvorschriften, die das mit der Klage befasste Gericht daran hindern, trotz ausdrücklichen Antrags des Klägers über das Vorliegen der behaupteten Diskriminierung zu entscheiden



#### [15.04.2021, Rs C-194/19, Belgischer Staat \(Éléments postérieurs à la décision de transfert\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des für die Prüfung eines **Antrags auf internationalen Schutz** zuständigen Mitgliedstaats – Art 27 – Rechtsbehelf – Berücksichtigung von **nach der Überstellungsentscheidung eingetretenen Umständen** – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

#### [15.04.2021, Rs C-221/19, AV \(Jugement global\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Art 8 Abs 2 bis 4 – Art 17 Abs 1 und 2 – Art 19 – Für die **Zwecke eines Gesamturteils** erfolgende Berücksichtigung einer **in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen Verurteilung**, die in dem Mitgliedstaat zu vollstrecken ist, in dem dieses Urteil ergeht – Voraussetzungen – Rahmenbeschluss 2008/675/JI – Art 3 Abs 3 – Begriff **„Abänderung eines Urteils oder seiner Vollstreckung“**, die in einem neuen Strafverfahren in einem anderen Mitgliedstaat als dem Staat, in dem dieses Urteil ergangen ist, zu berücksichtigen ist

#### [15.04.2021, Rs C-470/19, Friends of the Irish Environment](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Übereinkommen von Aarhus** – Richtlinie 2003/4/EG – Recht auf **Zugang zu Umweltinformationen**, die bei den Behörden vorhanden sind – Art 2 Nr 2 – Begriff **„Behörde“** – Gremien oder Einrichtungen, die in gerichtlicher Eigenschaft handeln – Informationen, die in den Akten eines abgeschlossenen Gerichtsverfahrens enthalten sind

#### [15.04.2021, Rs C-511/19, Olympiako Athlitiko Kentro Athinon](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Grundsatz der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Verbot der **Diskriminierung wegen des Alters** – Bis zur Kündigung ihres Arbeitsvertrags in eine **Arbeitskräfte-reserve versetzte Beschäftigte** – Gehaltskürzung und Kürzung oder Verlust einer Entlassungsentschädigung – Regelung für Beschäftigte des öffentlichen Sektors, die kurz vor dem Eintritt in den Ruhestand mit vollem Ruhegehalt stehen – Senkung der Lohn- und Gehaltskosten des öffentlichen Sektors – Art 6 Abs 1 – Legitimes Ziel der Sozialpolitik – Wirtschaftliche Krisensituation

#### [15.04.2021, Rs C-515/19, Eutelsat](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Telekommunikationssektor – Harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen in den 2-GHz-Frequenzbändern für die **Einrichtung von Satellitenmobilfunksystemen** – Entscheidung Nr 626/2008/EG – Art 2 Abs 2 Buchst a und b – Art 4 Abs 1 Buchst c Ziff ii – Art 7 Abs 1 und 2 – Art 8 Abs 1 und 3 – Satellitenmobilfunksysteme – Begriff **„mobile Bodenstation“** – Begriff **„ergänzende Bodenkomponenten“** – Begriff **„erforderliche Qualität“** – Jeweilige Rolle der Satelliten- und Bodenkomponenten – Verpflichtung des ausgewählten Betreibers von Satellitenmobilfunksystemen, einen bestimmten **Anteil der Bevölkerung und der Fläche zu versorgen** – Nichteinhaltung – Auswirkung

#### [15.04.2021, Rs C-593/19, SK Telecom](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Bestimmung des Ortes von Telekommunikationsdienstleistungen – **Roaming von Drittstaatsangehörigen** in Mobilfunknetzen in der Europäischen Union – Art 59a Abs 1 Buchst b – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, den **Ort der Telekommunikationsdienstleistungen** in ihr Gebiet zu verlagern

#### [15.04.2021, Rs C-729/19, Department of Justice for Northern Ireland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Anerkennung und Vollstreckung von **Entscheidungen in Unterhaltssachen** – Verordnung (EG) Nr 4/2009 – Zeitlicher Anwendungsbereich – Art 75 – Entscheidungen eines Gerichts eines Mitgliedstaats, die **vor dem Beitritt zur Europäischen Union** ergangen sind

#### [15.04.2021, Rs C-736/19, Plaukti](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EG) Nr 1698/2005 – Verordnung (EU) Nr 65/2011 – Art 16 Abs 5 Unterabs 3 – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Art 4 und 6 – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums – **Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen** – Beihilfe zur Erhaltung der Biodiversität von Grünland – Nichterfüllung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zahlungen – **Verfrühte Mahd** – Kürzung oder Ausschluss der Zahlungen – Obligatorische Grundanforderungen – Grundanforderungen an die Betriebsführung – Mindestanforderungen für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand – Verpflichtungen, die über die **obligatorischen Grundanforderungen**, die Mindestanforde-

rungen und sonstige einschlägige verpflichtende Anforderungen hinausgehen, die in einzelstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt sind

#### [15.04.2021, Rs C-786/19, The North of England P & I Association](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung – Zweite Richtlinie 88/357/EWG – Art 2 Buchst d zweiter Gedankenstrich – Richtlinie 92/49/EWG – Art 46 Abs 2 Unterabs 1 – **Steuer auf Versicherungsprämien** – Begriff ‚Mitgliedstaat, in dem das Risiko belegen ist‘ – **Fahrzeuge aller Art** – Begriff ‚Zulassungsmitgliedstaat‘ – **Versicherung von Seeschiffen** – In das Schiffsregister eines Mitgliedstaats eingetragene Schiffe, die jedoch aufgrund einer befristet genehmigten Ausflagung die Flagge eines anderen Mitgliedstaats oder eines Drittstaats führen

#### [15.04.2021, Rs C-846/19, Administration de l'Enregistrement, des Domaines und de la TVA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Wirtschaftliche Tätigkeit – Dienstleistungen gegen Entgelt – Art 2 Abs 1 Buchst c und Art 9 Abs 1 – Steuerbefreiungen – Art 132 Abs 1 Buchst g – Eng mit der Sozialfürsorge und der **sozialen Sicherheit verbundene Dienstleistungen** – Leistungen, die von einem Anwalt **im Rahmen von Mandaten zum Schutz nicht geschäftsfähiger Erwachsener** erbracht werden – Als Einrichtung mit sozialem Charakter anerkannte Einrichtung

#### [15.04.2021, Rs C-868/19, Finanzamt für Körperschaften Berlin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 9 – Steuerpflichtige – Art 11 – Befugnis der Mitgliedstaaten, Personen, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen Steuerpflichtigen zu behandeln (‚**Mehrwertsteuergruppe**‘) – Begriff ‚durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden‘ – Nationale Regelung, wonach es Personengesellschaften, deren Gesellschafter neben dem Organträger nicht nur Personen sind, die **in das Unternehmen des Organträgers finanziell eingegliedert** sind, verwehrt ist, einer Mehrwertsteuergruppe anzugehören – Rechtssicherheit – Maßnahmen zur **Verhinderung von Steuerhinterziehungen** oder -umgehungen – Verhältnismäßigkeit – Neutralität der Mehrwertsteuer

#### [15.04.2021, Rs C-935/19, Grupa Warzywna](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 273 – In der Steuererklärung **zu hoch angesetzter Betrag der Mehrwertsteuererstattung** – Beurteilungsfehler des Steuerpflichtigen bezüglich der Steuerbarkeit des Umsatzes – **Berichtigung der Steuererklärung** im Anschluss an eine Prüfung – Sanktion in Höhe von 20 % des Betrags, um den der Betrag der Mehrwertsteuererstattung zu hoch angesetzt wurde – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

#### [15.04.2021, Rs C-53/20, Hengstenberg](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der geografischen Angaben und der **Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse** und Lebensmittel – Verordnung (EU) Nr 1151/2012 – Art 49 Abs 3 Unterabs 1 und Abs 4 Unterabs 2 – Art 53 Abs 2 Unterabs 1 – **Änderung einer Produktspezifikation** – Gurken aus dem Spreewald (Deutschland), **Spreewälder Gurken** (g. g. A.) – Nicht geringfügige Änderungen – Einspruchsverfahren – Einspruch gegen den Änderungsantrag – Beschwerde gegen die Entscheidung, mit der diesem Antrag stattgegeben wurde – Begriff ‚berechtigtes Interesse‘

#### [15.04.2021, Rs C-62/20, Vogel Import Export](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – Zollunion – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Tarifpositionen – Positionen 4407 und 4409 – **Gehobelte Bretter**, deren vier Kanten über die gesamte Länge leicht abgerundet sind



## B. SCHLUSSANTRÄGE

### [15.04.2021, Rs C-487/19, W Ž \(\) und des affaires publiques de la Cour suprême – nomination\) \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 2, 6 Abs 1 und 3 sowie Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 267 AEUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtsstaatlichkeit – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Durch Gesetz errichtetes Gericht – **Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit** – Ernennung zum Richter am Obersten Gericht durch den Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Landesjustizrats – **Ernennung zum Richter** trotz anhängigen Rechtsbehelfs gegen die Entschließung des Landesjustizrats, mit der die Richterernennung vorgeschlagen wurde, und **gerichtlich angeordneter Aussetzung der Vollziehung** dieser Entschließung

### [15.04.2021, Rs C-508/19, Prokurator Generalny \(Chambre disciplinaire de la Cour suprême - Nomination\) \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 2, Art 4 Abs 3, Art 6 Abs 3 und Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 267 AEUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtsstaatlichkeit – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – **Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit** – Ernennung zum Richter am Obersten Gericht durch den Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Landesjustizrats – Einleitung des **Einstellungsverfahrens ohne ministerielle Gegenzeichnung** – Ernennung eines Richters trotz Anhängigkeit eines Rechtsbehelfs gegen die Entschließung des Landesjustizrats und eines Vorabentscheidungsverfahrens – Antrag auf Feststellung des **Nichtbestehens eines Beschäftigungsverhältnisses** zwischen einem solchen Richter und dem Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht) – Vorrang des Unionsrechts

### [15.04.2021, Rs C-561/19, Consorzio Italian Management e Catania Multiservizi \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 Abs 3 AEUV – Einzelstaatliches Gericht, dessen Entscheidungen nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können – **Vorlagepflicht** – Umfang – **Ausnahmen und Kriterien nach dem Urteil CILFIT** ua

### [15.04.2021, Rs C-564/19, IS \(Illégalité de l'ordonnance de renvoi\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Recht auf **Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren** – Richtlinie 2012/13/EU – **Recht auf Dolmetschleistungen** und Übersetzungen – Richtlinie 2010/64/EU – Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren – Richtlinie (EU) 2016/343 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 267 AEUV – Zulässigkeit – Rechtsmittel zur Wahrung des Rechts gegen eine Entscheidung, mit der die Vorlage eines Vorabentscheidungsersuchens beschlossen wird – Befugnis des übergeordneten Gerichts, diese Entscheidung für rechtswidrig zu erklären

### [15.04.2021, Rs C-650/19 P, Vialto Consulting/Kommission \(GA Hogan\)](#)

Rechtsmittel – Schadensersatzklage – Außervertragliche Haftung – **Instrument für Heranführungshilfe** – Dezentrale Mittelverwaltung – Untersuchung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) – Kontrollen vor Ort – Verordnung (Euratom, EG) Nr 2185/96 – Art 7 – **Zugang zu EDV-Daten** – Digitalforensische Maßnahme – Vertrauensschutz – Anhörungsrecht – Immaterieller Schaden

### [15.04.2021, Rs C-662/19 P, NRW Bank/CRU \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Bankenunion – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute** und bestimmte Wertpapierfirmen – Festsetzung der im Voraus erhobenen Beiträge zum Einheitlichen Abwicklungsfonds für das Beitragsjahr 2016 – Anfechtbare Handlung – **Teilweise bestätigender Rechtsakt** – Rechtsbehelfsfrist

### [15.04.2021, Rs C-683/19, Viesgo Infraestructuras Energéticas \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsame Vorschriften für den **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/72/EG – Auferlegung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen – **Finanzierung eines Sozialtarifs**, für die nur bestimmte Unternehmen herangezogen werden – Erfordernisse der Transparenz und Nichtdiskriminierung

#### 15.04.2021, Rs C-882/19, Sumal (GA Pitruzzella)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Unternehmen – Begriff – **Wirtschaftliche Einheit** – **Schadensersatzklage gegen die Tochtergesellschaft** der von der Kommission wegen einer Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV mit einer Sanktion belegten Gesellschaft – Zulässigkeit – Voraussetzungen

#### 15.04.2021, Rs C-911/19, FBF (GA Bobek)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bankrecht – Von der European Banking Authority herausgegebene Leitlinien für Überwachung und Governance von Bankprodukten im Privatkundengeschäft – Soft Law – **Nicht verbindliche EU-Maßnahmen mit Rechtswirkungen** – Umsetzung durch die Mitgliedstaaten – **Gerichtliche Überprüfung** – Verhältnis zwischen den Art 263 und 267 AEUV – Fehlende Befugnis der European Banking Authority

#### 15.04.2021, Rs C-927/19, Klaipėdos regiono atlieky tvarkymo centras (GA Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsverfahren – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 21, 50 und 55 – Vertraulichkeit – Zuständigkeit des **öffentlichen Auftraggebers** – Richtlinie (EU) 2016/943 – Anwendbarkeit – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 und 2 – Wirkungen des **Rechtsbehelfs gegen die Vertraulichkeitserklärung** – Begründung – Gegen den öffentlichen Auftraggeber gerichteter eigenständiger Rechtsbehelf – Gerichtliche Überprüfung – Umfang der richterlichen Befugnisse

#### 15.04.2021, Rs C-18/20, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Demande ultérieure de protection internationale) (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asylpolitik – Antrag auf internationalen Schutz – Berufung auf Umstände, die bereits vor rechtskräftigem **Abschluss eines früheren Asylverfahrens** bestanden – Nationale Regelung, die die Berücksichtigung neuer, im früheren Verfahren vom Antragsteller **schuldhaft nicht vorgetragener Tatsachen** ausschließt – Richtlinie 2013/32/EU – Folgeantrag – Art 40 Abs 1 bis 4 – Art 42 Abs 2 – Zulässigkeit – Verfahrensvorschriften – Ausschlussfristen – Art 13 Abs 1 – Rechtskraft – Richtlinie 2005/85/EG – Art 34 Abs 2 Buchst b – Richtlinie 2011/95/EU – Art 4 Abs 2

#### 15.04.2021, Rs C-65/20, KRONE – Verlag (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 85/374/EWG – **Produkthaftung** – Begriff ‚fehlerhaftes Produkt‘ – **Körperliches Exemplar einer Tageszeitung**, die eine unrichtige Gesundheitsempfehlung enthält

#### 15.04.2021, Rs C-233/20, job-medium (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Ersetzung des bezahlten Mindestjahresurlaubs** durch eine finanzielle Vergütung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – **Arbeitnehmerseitige Beendigung** des Arbeitsverhältnisses ohne wichtigen Grund

## **C. GERICHT**

#### 14.04.2021, Rs T-69/18, Verband Deutscher Alten und Behindertenhilfe und CarePool Hannover/Kommission

Staatliche Beihilfen – **Freie Wohlfahrtspflege** – Verbänden einer Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege gewährte Förderungen – Ablehnung einer Beschwerde – Beschluss, nach **Abschluss der Vorprüfungsphase** keine Einwände zu erheben – Nichtigkeitsklage – **Eigenschaft als Beteiligter** – Wahrung der Verfahrensrechte – Spürbare Beeinträchtigung der Wettbewerbsposition – Zulässigkeit – Keine ernsthaften Schwierigkeiten – Keine wesentliche Änderung einer bestehenden Beihilfe

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.04.2021, Beschwerde Nr [13252/17](#), *Ahmet Hüsrev Altan / Türkei*

**Verletzung** von Art 5 Abs 1, (teilweise) Abs 4 und Abs 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **Verletzung** von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung); **keine Verletzung** von Art 18 EMRK (Begrenzung der Rechtseinschränkungen), rechtswidrige Untersuchungshaft des Bf (Journalist), der ohne begründeten Verdacht der Beteiligung an einer illegalen Organisation und eines Putschversuchs beschuldigt wird; unangemessene Beschränkung des Zugangs zu den Ermittlungsakten, Schnelligkeit der Überprüfung – mehr als 15 Monate – gerechtfertigt; außergewöhnliche Arbeitsbelastung des Verfassungsgerichts nach Ausrufung des Ausnahmezustands; fehlender Zugang zu einem wirksamen Rechtsbehelf zur Erlangung einer Entschädigung

15.04.2021, Beschwerde Nr [5560/19](#), *K.I. / Frankreich*

**Verletzung** von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); Anordnung der Ausweisung des Bf nach Russland; Widerruf seines Flüchtlingsstatus wegen einer strafrechtlichen Verurteilung wegen Terrorismus; Versäumnis der Behörden, den fortbestehenden Flüchtlingsstatus des Bf zu prüfen; keine Erhebung der tatsächlichen und gegenwärtigen Gefahren; Verstoß gegen Art 3 EMRK in verfahrensrechtlicher Hinsicht bei Vollstreckung der Abschiebung

## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>

### B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020

112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020  §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020  §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020  §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020  § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

### **C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG**

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020

148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

#### **D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe**

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

#### **E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG**

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>



## F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

### COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

### COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b>), <a href="#">BGBl II 197/2020</a>, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a></li> </ul> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 484/2020</a>: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 488/2020</a>: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 492/2020</a>: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBl II 207/2020</a>, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>2. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 231/2020</a>, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020  § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>3. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 239/2020</a>, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 246/2020</a>, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>5. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 266/2020</a>, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 146/2021</a>: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>6. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 287/2020</a> , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>7. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 299/2020</a> , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>8. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 332/2020</a> , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>9. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 342/2020</a> , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 146/2021</a> : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>10. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 398/2020</a> , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>11. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 407/2020</a> , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
<b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b>		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 412/2020</a> , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 446/2020</a> , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 455/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft

<p>Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.  § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</p>	§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 456/2020</a>, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.</p>	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b> 03.11.2020 außer Kraft.
<p><b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b></p>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 463/2020</a>, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</p>	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020 <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a>, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a>, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 544/2020</a>, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol>	17.12.2020  §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	<del>26.12.2020</del>  § 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft

<p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a>, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 58/2021</a>, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 76/2021</a>, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 94/2021</a>, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 105/2021</a>, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 111/2021</a>, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p><del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del></p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 120/2021</a>, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 139/2021</a>, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 147/2021</a>, ausgegeben am</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des</p>

06.04.2021		16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a> , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 528/2020</a> , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

## G. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung</b> – COVID-19-VvV), <a href="#">BGBl II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.



[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.